



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

6026. M

Bern, den 10. September 1990

Schweiz. Bauernheimatbewegung
 p.A. Herrn W. Scheidegger
 Biofarm

4936 Kleindietwil

Entwicklung der internationalen Agrarpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 18. Juli 1990 teilen Sie uns Ihre Besorgnis über den Verlauf der GATT- und EWR-Verhandlungen im Landwirtschaftsbereich mit. Sie fordern uns auf, den ganzen Einfluss zur Erhaltung unserer bäuerlich strukturierten Familienbetriebe geltend zu machen, ohne jedoch einer "musealen" Landwirtschaft das Wort zu reden.

Wir haben von Ihren Ausführungen und der anlässlich Ihres Landestages verabschiedeten Resolution Kenntnis genommen und möchten uns dazu wie folgt äussern.

1. Wir haben Verständnis für Ihre Anliegen und können Sie versichern, dass unsere Landwirtschaft nicht auf dem Altar des Freihandels geopfert wird. Wegleitend bleibt für uns nach wie vor der Verfassungsauftrag, einen gesunden Bauernstand und eine leistungsfähige Landwirtschaft zu erhalten sowie den bäuerlichen Grundbesitz zu festigen (Art. 31^{bis} Abs. 3 lit. a BV). Leitbild unserer Agrarpolitik sind weiterhin der dynamische bäuerliche Familienbetrieb und eine flächendeckende Landwirtschaft, um die verschiedenen nicht-handelsrelevanten Zielsetzungen im Interesse von Staat und Gesellschaft am



besten erfüllen zu können (Versorgungssicherheit, Landschaftspflege, dezentrale Besiedlung).

2. Was die GATT-Agrarverhandlungen betrifft, so tritt die Uruguay-Runde nun in die entscheidende Schlussphase. So ist an der am 26. Juli beendeten Tagung des GATT-Ausschusses für Handelsverhandlungen unter anderem beschlossen worden, dass alle Länder bis zum 15. Oktober Offerten in den Bereichen interne Stützung, Importschutz und Exportförderung zu unterbreiten haben. Aus heutiger Sicht, rund 100 Tage vor Abschluss der Uruguay-Runde, kann davon ausgegangen werden, dass künftige multilaterale GATT-Regeln:
 - auch für den Agrarhandel eine vermehrte Berücksichtigung der Markt-signale verlangen werden;
 - die Benutzung von produktionsunabhängigen Instrumenten (Direktzahlungen) fördern, Preisinstrumente dagegen einer strikteren Disziplin unterstellen werden;
 - von Ländern mit eher ungünstigen Produktionsbedingungen wie der Schweiz einen höheren als bisher, wenigstens aber einen gesicherten Marktzugang verlangen werden.

3. Bezüglich der EWR-Verhandlungen zwischen den EFTA- und EG-Staaten können wir Sie informieren, dass im EWR keine gemeinsame Landwirtschaftspolitik angestrebt wird und demzufolge der eigentliche Agrarbereich von den Verhandlungen ausgeschlossen ist. Es ist indessen möglich, dass insbesondere die südlichen EG-Mitglieder für bestimmte Agrarprodukte einen besseren Marktzutritt zu den EFTA-Märkten fordern werden. Zur Zeit liegen noch keine konkreten Begehren seitens der EG betreffend Landwirtschaftsprodukte vor.

4. Die internationalen Agrarverhandlungen werden nicht ohne Auswirkungen auf unsere Landwirtschaftspolitik bleiben. Verschiedene Anpassungen im Massnahmenbereich drängen sich jedoch unabhängig vom internationalen Umfeld auf. Die Ziele und Grundsätze unserer Agrarpolitik sind jedoch nicht negoziabel, und dafür werden wir uns in den laufenden GATT-Agrarverhandlungen mit allem Nachdruck einsetzen.

EIDGENÖSSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Blaum', is written below the official text.